

nach Schloß Philippsruhe bei Hanau und bestimmte durch Erlaß vom 17. September das benachbarte Wilhelmsbad zum Sitze der Regierung. Am 30. September wurde der Kriegszustand verschärft; Kriegsgerichte wurden für Vergehungen eingesetzt, die sonst vor das Forum der ordentlichen Gerichte gehörten. Am 2. Oktober ward der alte Generalleutnant von Haynau, Vater des Kriegsministers, trotz seinen Jahren, wieder reaktiviert. Denn dieser, ein illegitimer Sproß Kurfürst Wilhelms I., galt als dem regierenden Herrn unbedingt ergeben. Eine Woche später hielt er bei der Parade eine Ansprache an die Offiziere der Casseler Garnison, die von ihnen unbedingte Unterwerfung unter den Willen des obersten Kriegsherrn forderte, im Falle dieser genötigt sein würde, gegen die verfassungstreuen Beamten vorzugehen, eine Zumutung, die das hessische Offizierkorps, da seine Mitglieder ebenfalls auf die Verfassung vereidigt waren, als mit seiner Ehre unvereinbar erachtete. Die Folge war, daß 241 Offiziere ihr Abschiedsgesuch einreichten. Nur 16 schlossen sich aus. In Cassel bildete sich sofort bei der Kunde von diesem Schritt, der die Bewunderung von ganz Deutschland hervorrief, ein Hilfsauschuß, um die etwa nötigen Geldmittel aufzubringen, falls die Gehaltsbezüge der Offiziere gesperrt werden sollten.

Nun nahm das Verhängnis seinen Lauf. Am 11. Oktober fand jene Zusammenkunft des Kaisers von Osterreich mit den Königen von Bayern und Württemberg in Begrenz statt, auf der die Ordnung der kurhessischen Verhältnisse von Bundes wegen beschlossen wurde, nachdem die Landesregierung sich für unermögend hierzu erklärt hatte. Am 25. Oktober beschloß der Bundestag die militärische Exekution; am 27. wurde dieser Beschluß durch das kurhessische Gesetzblatt bekannt gemacht, und am 1. November rückte das bayrisch-österreichische Exekutionskorps, 25000 Mann, unter dem Befehl des Generals Fürsten von Thurn und Taxis, in die Provinz Hanau ein. Die Strafbayern waren da!

Ihnen gegenüber war Hessens einzige Hoffnung auf Preußen gesetzt. Preußen, das dem Bund noch nicht wieder beigetreten war, unterhielt zur Verbindung seiner getrennten Landesteile eine Etappenstraße durch Kurhessen, deren Unterbrechung durch das Einrücken der Bayern eine Lebensfrage für den Staat bedeutete. Auch hoffte man, es werde die kurhessische Verfassung nicht durch den Bund vergewaltigen lassen, wie andererseits letzterer, während er gegen Kurhessen vorging, mehr die Regelung der deutschen Frage im antipreußischen Sinne bezweckte. Die zweite deutsche Großmacht sollte in Hessen gedemütigt werden.

Kurze Zeit standen Krieg und Frieden auf des Messers Schneide. Am